

Selbstbestimmt und nicht binär



Die Dritte Option für alle, die sich nicht als weiblich oder männlich zuordnen. (Foto: lys)

Am 10. Oktober entschied das Bundesverfassungsgericht im Verlauf eines seit Jahren geführten Rechtsstreits, dass die bestehende Regelung zum Geschlechtseintrag im Geburtsregister verfassungswidrig ist. Jetzt können die Gesetzgebenden entscheiden, ob der Geschlechtseintrag abgeschafft oder eine dritte Option im Gesetz dauerhaft verankert wird – in Ländern wie Nepal, Kanada und Dänemark ist dies bereits schon länger möglich.

Bis 2013 schrieb das Personenstandsgesetz eine eindeutige Zuordnung des Geschlechts nach der Geburt vor. Dies ist einer der Gründe, weshalb bei vielen intersexuellen Kindern Operationen durchgeführt werden, damit sie den gesellschaftlichen Normen von männlich oder weiblich entsprechen. Auch Vanja ist intersexuell – also eine Person, die weder dem weiblichen noch dem männlichen Geschlecht biologisch eindeutig zugeordnet werden kann. Vanja legte 2013 beim Standesamt einen Antrag für einen alternativen Geschlechtseintrag „Inter/Divers“ ein. Vanja klagte und 2013 beschloss das Gericht, dass intersexuellen Kindern der Geschlechtseintrag im Geburtenregister vollständig verwehrt wird. Zwar können seitdem (auch trans*-)Personen nachträglich eine Streichung des Geschlechtseintrags beantragen: Für Vanja bedeutete das Urteil damals weiterhin

eine Nicht-Anerkennung der Existenz im geschlechtlich binär gefassten deutschen Rechtssystem. Deswegen wurde von Vanja und den Unterstützenden von der Kampagne Dritte Option Ende 2016 eine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht (BVerG) eingelegt.

Identitäten anerkannt

Das BVerG hat am 8. November – knapp einen Monat nach der Entscheidung – den Beschluss veröffentlicht, der Vanja Recht gibt. Durch die „Streichung des bisherigen Geschlechtseintrags [würde] nicht abgebildet, dass Vanja sich zwar nicht als Mann oder als Frau, aber auch nicht als geschlechtslos begreift, und nach eigenem Empfinden ein Geschlecht jenseits von männlich oder weiblich hat“, lässt sich der Verkündung des BVerG entnehmen. In den Leitlinien des Beschlusses wird außerdem die Verfassungswidrigkeit bestätigt, in dem „das Personenstandsrecht dazu zwingt, das Geschlecht zu registrieren, aber keinen anderen positiven Geschlechtseintrag als weiblich oder männlich zulässt“.

Das BVerG hat die Gesetzgebenden dazu angewiesen, das Personenstandsrecht bis zum 31. Dezember 2018 zu ändern.

„Endlich ist auch durch das Bundesverfassungsgericht anerkannt worden, dass es mehr Geschlechter gibt als Mann und Frau, dass nicht-binäre Menschen genauso ein Recht auf Geschlecht haben wie alle anderen auch“, so Moritz Schmidt, der Pressesprecher der Kampagne Dritte Option.

Rechtlicher Schutz und bisherige gängige Praxis

Friederike Wapler, eine der Autor*innen der Verfassungsbeschwerde, betont, „dass der Gesetzgeber sich fragen müsse, ob es überhaupt noch Gründe dafür gäbe, an einer personenstandsrechtlichen Erfassung des Geschlechts festzuhalten.“ Die Kampagnenmitglieder fordern den Gesetzgeber auf „bei der anstehenden Reform darauf zu achten, dass alle betroffenen Personenkreise unabhängig von der jeweiligen biologischen Konstitution in gesetzliche Neuregelungen einbezogen sind, um weitere Rechtsunklarheiten und Grundrechtsverstöße zu vermeiden.“

Trotz des großen Erfolgs gibt es weiterhin Kritik am Umgang mit intersexuellen Menschen seitens medizinischen Personals und Eltern: „Kinder mit Varianten der Ge-

Befristet in die Unsicherheit?



Wie die Arbeitssituation des akademischen Mittelbaus aussieht und wie man sie reformieren möchte, lest ihr auf **Seite 3**

Dank GPS in Sicherheit?



Über das Sicherheitsgefühl im urbanen Raum und ob eine App es verbessern kann, erfahrt ihr auf **Seite 4 und 5**.

akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: www.akduell.de. Auf Facebook findet ihr uns unter www.facebook.com/akduell/ und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

schlechtsentwicklung werden nach wie vor meist vor dem zweiten Lebensjahr kosmetisch genitaloperiert und anderen medizinisch nicht notwendigen, irreversiblen Behandlungen unterworfen, die lebenslanges physisches und psychisches Leiden verursachen“, so die Initiative Zwischengeschlecht. „Während ein dritter Geschlechtseintrag für diejenigen, die ihn wollen, eine Anerkennung darstellt, und die öffentliche Diskussion darüber bis zu einem gewissen Grad zur öffentlichen Sensibilisierung beitragen kann, schützt er Intersex-Kinder nicht vor Genitalverstümmelung.“

Die Initiative fordert, dass solche Operationen strafrechtlich verboten werden und eine Verlängerung oder Aufhebung der Verjährungsfristen, damit auch erwachsene Betroffene klagen können. „Erst dann werden die Verstümmelungen tatsächlich aufhören“, so die Initiative auf ihrer Homepage. Auch Vanjas Anwältin Katrin Niedenthal erläutert dazu: „So darf nicht vergessen werden, dass das von Inter*Gruppen seit Langem geforderte explizite Verbot von nicht medizinisch notwendigen Operationen an Minderjährigen ohne deren Einwilligung immer noch nicht vom Gesetzgeber umgesetzt wurde.“ [lys]

Durch das Portal in den Anmeldefrust

Kommentar

Links ist da, wo die Sahara rechts ist

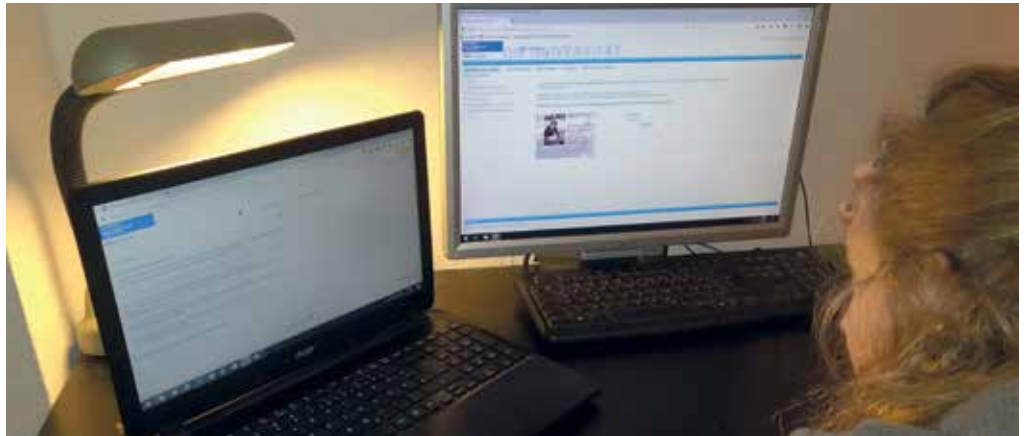
von Philipp Frohn

Im brandenburgischen Lebus wurde der AfD-Politiker Detlev Frye übergangsweise zum Bürgermeister gewählt. Weder seine Parteizugehörigkeit noch seine Twitter-Posts, wo er Migrant*innen als „Invasoren“ bezeichnet, hielten Kommunalpolitiker*innen von CDU und Linken davon ab, Frye zu wählen. Nun forderte der Linken-Landesverband die beiden parteilosen Mandatsträger*innen auf, ihre Ämter niederzulegen.

Dabei setzen sie genau das um, was auch Spitzenpolitiker*innen wie Sahra Wagenknecht fordern. Ihr Parteigenosse und Ehemann Oskar Lafontaine hat zu seinen SPD-Zeiten Anfang der 1990er Jahre sogar fleißig an der faktischen Abschaffung des Asylrechts mitgewerkelt. Im Vorfeld der Bundestagswahl sorgte Wagenknecht mit der Aussage für Aufsehen, sie würde auch AfD-Abgeordnete in wichtige Positionen wählen, wenn sie nicht dem völkischen Rechtsaußen-Flügel um Björn Höcke angehören. Dass sie dennoch Mitglieder einer Partei sind, die auf Wehrmachtssoldaten stolz sein möchte und offen gegen Geflüchtete hetzt, scheint sie weniger zu stören. Mehr noch: Sie greift selbst auf rechtspopulistische Politik zurück, um AfD-Wähler*innen zurückzuholen.

Als sich Wagenknecht im Dezember 2015 für die Einführung von Kontingenten – eine euphemistische Umgehung des Wortes Obergrenze – aussprach, bekam sie prompt Beifall von Alexander Gauland (AfD). Nach der Kölner Silvesternacht blies sie in dasselbe Horn wie rechte Agitator*innen, die sexualisierte Gewalt lediglich als Importproblem begreifen, und sah das „Gastrecht“ von mutmaßlichen Tätern als verwehrt. Dass dieses „Gastrecht“ aber eher einem nach Nationalität differenzierenden Strafbedürfnis entspringt als dem Grundgesetz, spielt für sie keine Rolle. Angesichts dessen überrascht es nicht, dass Wagenknecht auf Dialogbereitschaft mit Pegida-Anhänger*innen setzt. Auch wenn sie montagabends den Reden von Rassist*innen applaudieren, seien sie doch nicht alle aus fremdenfeindlichen Motiven dort, sondern wegen ihrer Unzufriedenheit mit der Sozialpolitik.

Mit Wagenknecht an der Parteispitze werden durch die Linkspartei auch weiterhin rechte Inhalte propagiert und soziale Probleme nur in einer nationalen Sphäre behandelt. Daraus folgt, dass sie für viele Linke schlicht nicht wählbar ist. Es bleibt nur zu hoffen, dass sich in der Partei Widerstand erhebt.



Das neue Prüfungsanmeldesystem HISinOne lässt Studierenden die Haare zu Berge stehen. (Foto: rat)

Die Kursbelegungen über das Portal Lehre, Studium und Forschung (LSF), zusätzliche Lehrmaterialien im Semesterapparat und Onlinekurse auf Moodle. Man könnte meinen, dass mit diesen drei Plattformen die Universität Duisburg-Essen (UDE) bereits genug Verwirrung bei Studierenden und Dozierenden schafft – aber weit gefehlt. Die globale Prüfungsanmeldephase über das HISinOne bringt nun zusätzlichen Stress – vor allem dann, wenn das System nicht funktioniert.

Es ist Dienstagmorgen. Im Seminarraum wird bereits eifrig diskutiert. Aber nicht über den Text, der gelesen werden sollte, sondern über das Prüfungsanmeldesystem HISinOne. Nicht bei allen hat es funktioniert. Dabei sollten sich alle Studierenden seit dem 6. November über das Portal für ihre Prüfungen registrieren können. Auch die Dozentin bekommt die Unruhe mit, als sie schließlich den Raum betritt. „Bei wem hat es jetzt alles nicht funktioniert?“, fragt sie in die Runde. Sechs, sieben Hände gehen in die Höhe. „Über das Portal ging gar nichts“, schildert ein Studierender. „Als ich dann im Prüfungsamt war, hat man mich da zwar angemeldet, aber es hat mir auch keiner gesagt woran es jetzt genau lag.“ Einige andere Studierende berichten jedoch auch davon, dass sie auf E-Mail-Anfragen an ihr Prüfungsamt keine Rückmeldung bekommen hätten. „Hingehen, die E-Mails gehen unter“, lautet die knappe Antwort einer Facebook-Nutzerin auf die Beschwerden.

Zu viele Änderungen auf einmal

„Grundsätzlich funktioniert das HISinOne-System“, relativiert Thomas Lipke vom Prüfungswesen der UDE die derzeitige Lage. „Allerdings sind in der Vorbereitung der aktuellen Anmeldephase aufgrund vieler Änderungen und auch damit verbundenen Kommunikationsschwierigkeiten mit allen Beteiligten Probleme mit der Onlineanmeldung am Campus Essen für das aktuelle Semester entstanden“, erläutert er weiter. Konkret heißt das: Während die Umstellung auf das Prüfungssystem HISinOne bereits zum vergangenen Sommersemester für den Essener Campus erfolgte, wurde es unabhängig davon generell für die 2-Fach Ba-

chelor und 2-Fach-Masterstudiengänge zum Wintersemester eingeführt. Studiengänge, wo zuvor Prüfungsanmeldungen altmodisch per Anmeldeformular beim Dozierenden erfolgten und nichts online verbucht wurde, sind davon betroffen.

Gesucht: Ein einheitliches System

Doch selbst bei Studiengängen, bei denen die Anmeldungen schon seit April dieses Jahres über das System laufen, gab es erneut Probleme. „So konnte ich mich vergangenes Semester auch nicht zu einer Nachprüfung anmelden, denn mein Attest-Nachweis konnte ebenfalls nicht über HISinOne verzeichnet werden“, schreibt eine Facebook-Nutzerin. Dieses Erlebnis bestätigt auch Matthias von der Fachschaft Lehramt: „Im Prüfungsausschuss erhalten wir oft Fälle, bei denen sich Studierende von Prüfungen an- beziehungsweise abgemeldet haben und das System dies aber verschluckt hat.“ Wirklich helfen könne man dann nur, wenn ein Screenshot vorliege, was aber meistens nicht der Fall sei. „Da kommt es dann manchmal vor, dass man alle Vorlesungen hört und die Klausur nicht mitschreiben darf. Oder man bekommt einen Fehlversuch, weil die Abmeldung verschluckt wurde“, so Matthias. „Das System ist nicht darauf ausgelegt, dass jemand Prüfungen ablegen möchte, die laut Regelstudienzeit schon vor mehr als einem Semester fällig gewesen wären“, sagt zudem Facebook-Nutzerin Carina. HISinOne – ein System, das an allen Ecken zu klemmen scheint.

Warum überhaupt alle universitätsinternen Angelegenheiten über so viele verschiedene Plattformen abgewickelt werden müssen, stößt auf Unverständnis. „Generell regen sich bei uns alle Studierenden über die Mehrplattform-Lösung auf“, sagt auch Matthias über die Eindrücke von den Lehramts-Studierenden. „Eine Plattform für alles wäre sehr viel einfacher.“ Im kommenden Herbst sollen Anmeldungen auch für den Campus Duisburg auf das HISinOne umgestellt werden. Essener Studierende haben noch bis zum 17. November Zeit, HISinOne zu probieren – oder doch persönlich zum Prüfungsamt zu gehen. Facebook-Nutzer Marcel urteilt derweil vernichtend: „Das HISinOne sieht aus wie das gescheiterte Projekt eines Informatikpraktikanten.“ [rat]

Akademischer Mittelbau: Befristet und überlastet

Den Großteil des wissenschaftlichen Personals an Hochschulen bildet der sogenannte Mittelbau. Doch wer eine wissenschaftliche Karriere anstrebt, ist nicht selten überlastet und muss bis Anfang 40 zittern, ob er*sie auch dauerhaft in dem Beruf arbeiten darf. Das Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft (NGAWiss) fordert eine Reform des akademischen Betriebs.

„Viele meiner Kollegen sind überarbeitet. Arbeiten am Wochenende ist für die meisten keine Ausnahme, sondern die Regel. Trotzdem gefällt den meisten die Arbeit an der Uni, gerade die Lehre, sehr gut“, beschreibt Annika*, Promotionsstudentin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fakultät für Geisteswis-

Hochschulen. An der UDE sind es 1.355 von insgesamt 3.584 wissenschaftlich Beschäftigten (Stand: 31.12.2016). 78 Prozent von ihnen sind befristet angestellt. Da aber nicht öffentlich bekannt sei, so Pressesprecherin Beate Kostka, wie viele Personen im Fachbereich Medizin befristete Verträge haben, dürfte diese Zahl noch höher ausfallen. Damit zeigt sich ein typisches Bild: Denn abgesehen von Professuren werden kaum Stellen angeboten, die eine dauerhafte Anstellung vorsehen. Ob die Praxis, Lehrpersonal allein für den Zeitraum der Vorlesungszeit, nicht aber für die vorlesungsfreie Zeit, zu beschäftigen auch an der UDE angewendet werde, wisse die Pressestelle nicht.

Befristet in die Unsicherheit

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung erklärt zum Wissenschaftszeitvertragsgesetz auf seiner Homepage: „Befristungen in der Phase der Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses sind sinnvoll und notwendig, weil nur so die Chancen des wissenschaftlichen Nachwuchses jeder Generation gewahrt werden können, für eine begrenzte Zeit im Hochschul- oder Forschungsbereich tätig zu sein (Rotationsprinzip).“ Die Zeitspanne zwischen Studium und möglicher Professur vergrößert sich aber durch immer wieder befristete Verträge so sehr, dass der wissenschaftliche Nachwuchs im Durchschnitt erst mit Anfang 40 weiß, ob ein dauerhafter Verbleib im akademischen Betrieb überhaupt möglich ist.

Diese Ausgangslage führt zu Unsicherheit und wirkt sich zudem auf die Gesundheit aus, wie eine Studie der Max-Traeger-Stiftung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) belegt, die im Oktober 2017 vorgestellt wurde. So heißt es auf der Homepage der GEW: „Zentrale Belastungsfaktoren für die Gesundheit

im Akademischen Mittelbau sind die zeitliche Befristung des Arbeitsverhältnisses und die daraus resultierende berufliche Unsicherheit, die zeitlichen Anforderungen, die mit Mehrarbeit kompensiert werden, sowie die Vereinbarkeit von Familien- beziehungsweise Privatleben und Beruf.“ Zwar sei Annika mit ihrer Stelle sehr zufrieden, trotzdem „könnte noch klarer gemacht werden, was man in der Promotionsphase neben der Promotion eigentlich alles leisten sollte“. Sie kritisiert, dass „bei anderen Stellen die Lehrverpflichtung viel zu hoch und die Kurse viel zu voll“ seien. Der Mangel an Lehrpersonal führe zur Überlastung und Überstunden am Wochenende. Auch in Seminaren hören Studierende immer wieder von den Mehraufgaben und zusätzlichen Verpflich-

tungen der Lehrenden. Die Beantwortung von E-Mails bis spät in der Nacht oder in den frühen Morgenstunden oder auch Vollzeitarbeitende bei halber Stelle sind keine Seltenheit. Aber Ausnahmen bestätigen die Regel. Zum Verhältnis von Arbeitsaufwand und Vergütung meint Annika: „Ich bin mehr als glücklich, habe allerdings auch nicht, wie viele Promovierende, eine Familie zu versorgen und brauche grundsätzlich nicht viel Geld.“ Für sie sei es Luxus, „für das Forschen bezahlt zu werden“ und die flexiblen Arbeitszeiten würden ihr immerhin ermöglichen, dann zu arbeiten, wann sie möchte.

Für eine bessere Arbeitssituation

An der UDE beschäftigt man sich „seit Jahren und in unterschiedlichen Zusammenhängen mit der Ausgestaltung fairer, transparenter und verlässlicher Beschäftigungsbedingungen für ihre Beschäftigten“, erläutert Pressesprecherin Kostka. Die „Leitlinien für die Gestaltung befristeter Beschäftigungsverhältnisse und Regeln guter Praxis für die Beschäftigten im wissenschaftlichen Mittelbau“ seien Teil hiervon. Darin sind unter anderem regelmäßige Gespräche zu Karriereperspektiven und Weiterbildungsmöglichkeiten vorgesehen.

Um die Lage des akademischen Mittelbaus zu verbessern, setzt sich seit Jahresbeginn auch das in Leipzig gegründete NGSWiss ein. Das fordert unter anderem unbefristete Beschäftigungsverträge nach abgeschlossener Promotion, die Abschaffung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes und die Abschaffung der Lehrstühle zugunsten demokratischer Strukturen an Fachbereichen und Institutionen, in denen „formal gleichberechtigte, unbefristete Positionen/Funktionsstellen“ angeboten werden. Auf diese Weise werde eine „nachhaltige wissenschaftliche Arbeit der forschenden, lehrenden und lernenden Individuen“ sowie „eine echte und demokratische Qualitätssicherung“ ermöglicht, erläutert das Netzwerk in ihrem Forderungskatalog. Eine flächendeckende Grundfinanzierung wird ebenso gefordert.

Denn die Unterfinanzierung der Hochschulen hat zur Folge, dass immer mehr Stellen durch Drittmittel finanziert werden. An der UDE sind das „881,56 Vollzeitäquivalente (VZÄ: rechnerische Vollzeitstellen bei einer gemischten Personalbelegung mit Teilzeitbeschäftigten)“, so Kostka. Eine genaue Personenanzahl lasse sich nicht ermitteln. Weiter erklärt sie: „Sie sind aber kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Sie eröffnen der UDE zusätzliche Handlungsspielräume und unterstützen den Profilierungsprozess in der Forschung.“ Durch die Drittmittelakquise werden die Angestellten der Universität aber nicht nur von anderen als ihrem Arbeitgeber finanziert – sie akquirieren sie oftmals auch selbst. [caro]

*Name von der Redaktion geändert



Viele Beschäftigte des akademischen Mittelbaus ärgern sich nicht nur über befristete Verträge – sie sind auch chronisch überlastet. (Foto: caro)

schaften an der Universität Duisburg-Essen (UDE), die Situation im Kollegium. Sie selbst habe Glück, weil sie durch ihre Qualifikationsstelle nur eine „niedrige Lehrverpflichtung“ habe. Wenn auch nicht vertraglich vorgeschrieben, verpflichte sie sich dennoch neben der Promotion zu weiteren Aufgaben: „Aktuell organisiere ich mehrere Veranstaltungen, bin Herausgeberin, bereite Vorträge und Artikel vor und koordiniere Workshops zu ganz unterschiedlichen Themen. Da muss man sich die Zeit, um in Ruhe und produktiv an der Dissertation zu arbeiten, schon wirklich aktiv freischaufeln.“

Laut Statistischem Bundesamt fielen 2016 in die Gruppe des akademischen Mittelbaus 75 Prozent des hauptberuflichen Personals an

Gefühlte (Un)Sicherheit und reale Bedrohungssituationen

Kann man sich davor schützen, Opfer von Gewalt im öffentlichen Raum zu werden? Oder ist es nur möglich, einen Umgang mit der eigenen Angst zu finden? Die Wayguard-App wirbt damit, vom Android Mag 2016 als beste App im Bereich Sicherheit ausgezeichnet worden zu sein und soll Frauen*, Männern* und Kindern gleichermaßen helfen – wir haben sie getestet.

Eine enge Gasse, Dunkelheit – nur kurz unterbrochen von flackernden Laternen. Ein zugewucherter Park, nicht einsehbar von der angrenzenden Straße. Ein schwach beleuchtetes, ausgestorben wirkendes Parkhaus. Ein wenig frequentierter, versteckter Weg zum Hauptbahnhof. Und plötzlich taucht ein Schatten auf, bricht ein Zweig, erscheint eine Gestalt, kommt eine angetrunkene Menschengruppe um die Ecke. Es gibt viele Szenarien wie diese, die bereits in der Vorstellung Ängste auslösen können. Vermittelt werden solche Bilder durch Filme, Erzählungen und Bücher – jede*r ergänzt sie um die eigenen Erfahrungen. Doch wie kann man mit dieser Angst umgehen? Welche Möglichkeiten gibt es, sich zu schützen?

Virtueller Wegbegleiter

Mehr Sicherheit, das verspricht mir die Wayguard-App. Nach der Installation noch kurz angemeldet, eine weitere Person zur Anmeldung überredet, damit sie mich virtuell begleiten kann, das einführende Tutorial durchgespielt – und los gehts! Die Wayguard-App funktioniert trotz langsamen, gedrosseltem Internet ganz gut und verbraucht auch nicht so viel Strom, wie ich dachte. Es ist ganz witzig, dass man sich selbst beim Herumlaufen auf der Karte sehen kann – ebenso wie die begleitende Person.

Fühle ich mich unsicherer und habe auch den Eindruck, dass ich mich unsicherer bewege. Der Gefahr, die mir jederzeit begegnen könnte, bin ich mir mehr bewusst. Kein tolles Gefühl. Außerdem habe ich Angst, dass ich aus Versehen jemanden anrufen oder den Notruf auslösen könnte – obwohl die App relativ abgesichert zu sein scheint. Vor dem Absenden des Notrufes wird man noch einmal um eine Bestätigung gebeten.

Verminderte Wahrnehmung

Die App beschäftigt mich so sehr, dass ich häufiger als sonst auf mein Smartphone schaue und meine Umgebung unaufmerksamer beobachte – als mir das aufgefallen ist, wächst mein Angstempfinden noch einmal, da eine geschwächte Aufmerksamkeit nicht sehr hilfreich beim Erkennen und Abwehren von Gefahren ist. Als ich die Chatfunktion ausprobieren will, zeigt die Ampel vor mir zwar grün an, ein Auto biegt jedoch nach rechts ab. Ich habe es noch gesehen und es hat auch abgebremst, doch ich war so mit dem Chatten beschäftigt, dass es mir sehr spät aufgefallen ist und ich mich erschreckt habe.

Die Chatfunktion läuft ungefähr so wie WhatsApp. Es ist keine große Umgewöhnung oder

Einarbeitung erforderlich. Zum Testen der Anruhfunktion telefoniere ich mit meiner Begleitperson. Für sie sieht es aus wie ein ganz normaler Anruf. Als ein wenig besorgniserregend empfindet meine virtuelle Begleitung, dass der Punkt auf der Karte, der meinen Standort verrät, sich manchmal für längere Zeit nicht mehr weiterbewegt. Ob das meinem älteren Smartphone, dem Gerät der anderen Person oder der App geschuldet ist, konnte ich nicht abschließend herausfinden. Laut Begleitperson löst das, zusammen mit dem ab und an fehlgeschlagenen Absenden von Nachrichten, bei dem dann ein rotes Ausrufezeichen erscheint, Sorge aus. Was man auf gar keinen Fall vergessen sollte: nach der Ankunft am Zielort auf „Bin angekommen“ zu drücken – sonst macht sich die Person am anderen Ende der Leitung noch länger als nötig Sorgen. Bei mir ist dies aufgrund zu frühem Ausschalten der mobilen Daten passiert.

Mit ein bisschen mehr Übung und Gewöhnung ist die App sicherlich für ihren Zweck nützlich und brauchbar. Ein einfaches, herkömmliches Telefonat auf dem Weg hätte meiner Meinung nach jedoch in diesem Fall zu weniger Verwirrung geführt und ich hätte mich vermutlich auch sicherer gefühlt. Doch stellen sich noch grundlegendere Fragen als die nach der Funktionalität: Etwa von wem und wo werden die Daten gespeichert? Was wird damit gemacht?

Entwickler der App ist die Versicherung AXA. „Solange du mit dem Team WayGuard verbunden bist (und nur dann), überwachen wir deinen aktuellen Standort. Dazu speichern wir nur deine jeweils aktuelle Position personenbezogen ab. Sobald du dich bewegst, überschreiben wir deinen letzten Standort, so dass wir keine Bewegungen mit dir in Verbindung bringen können. Die Daten werden für den Zeitraum Ihrer Speicherung verschlüsselt“, so ihre Äußerung im FAQ-Bereich zur Datenspeicherung.

Ich hab Polizei

Auf der Seite von WayGuard sowie in der App selbst wird außerdem damit geworben, dass eine Kooperation mit der Polizei NRW bestehe. Das

könnte man als Vorteil sehen, schließlich sind somit „Sicherheitsprofs“ am Werk und bei fehlender Begleitperson kann man sich auch vom Team Wayguard auf dem Nachhauseweg unterstützen lassen: sie sind telefonisch erreichbar und man kann auch mit ihnen chatten. Oder aber man fragt sich, ob man sich wirklich die Polizei ins Haus – beziehungsweise ins eigene Telefon – holen möchte.

Das sieht auch der Politikwissenschaftler Bernhard Frevel kritisch: „Spontan bin ich jetzt nicht begeistert. Zum einen denke ich, wir beschränken uns in unseren Freiheiten und machen uns mit solchen Anwendungen immer mehr beobachtbar. Wir erstellen ja auch Bewegungsprofile damit. Ob das sinnvoll ist, weiß ich nicht. Und diese Anwendung signalisiert ja auch dem Anwender ‚Du bist in Gefahr – eigentlich permanent droht dir etwas und deswegen sollst du dich jetzt hiermit schützen‘ App-freie Lösungen wie etwa sich tatsächlich von einer anderen Person begleiten zu lassen, hält er für sinnvoller – auch, weil so keine Gespräche in „diesen eigentlich nicht kontrollierbaren Raum“ gebracht würden. „Ich persönlich möchte gar nicht immer von Ortungsdiensten erfasst werden. Junge Leute würden das wahrscheinlich eher darauf abfahren als das mittlere Alter – die sind nicht so gerne vernetzt“, so drückt Anna*, eine Ehrenamtliche vom Weissen Ring, ihre Skepsis aus.

Maria* ist Studentin der Universität Duisburg-Essen und musste Erfahrungen mit Gewalt im öffentlichen Raum machen: „Ich habe verschiedenste Bedrohungsszenarien erlebt: Ich wurde von Neonazis angegriffen, musste mehrere sexuelle Übergriffe im öffentlichen Raum erleben, war Zeugin einer Schlägerei und eines Überfalls auf ein Kino.“ Sie kennt die Wayguard-App aus Medienberichten und sieht sie etwas positiver: „Für mich stellt sie schon eine gute Alternative dar – zumindest wenn es darum geht, sich sicherer zu fühlen, wenn jemand ‚da‘ ist und weiß, dass ich sicher Zuhause angekommen bin. Der Notfall-Button bei Wayguard ist in jedem Fall praktisch – ein Anruf bei der Polizei oder Freund*innen kann im Notfall zu lange dauern. In meinen Fällen habe ich mich jedoch auch ohne App in Sicherheit bringen kön-



Die Wayguard-App herunterladen – und dann sicher sein? So einfach ist es leider nicht. (Fotos: lenz)



nen und dann Freund*innen anrufen können.“ Doch auch sie befürchtet eine Erhebung ihrer Bewegungsdaten und starken Akkuverbrauch durch die App – weshalb sie weiterhin darauf setzt, ihren Freund*innen auf anderen Wegen mitzuteilen, dass sie sicher angekommen ist.

Angst essen Seele auf?

Sexualisierte Gewalt passiert – wie immer wieder Statistiken belegen – meist im näheren Umfeld des Opfers und eher selten im öffentlichen Raum. Die Furcht davor ist trotzdem groß. Um sich nicht von den eigenen Ängsten kontrollieren zu lassen, ist es wichtig, einen Umgang mit ihnen zu finden. Das beginnt für Frevel mit einer Auseinandersetzung und Ursachensuche: „Ganz häufig geht es ja darum, dass wir uns im öffentlichen Raum bewegen – spazieren gehen oder einkaufen. Und dann sind da dunkle Ecken, unüberschaubare öffentliche Bereiche, die bei uns Ängste auslösen. Zum anderen gibt es aber die Furcht – sie ist etwas gerichteter als die allgemeine Angst – und dann geht es zum Beispiel darum, dass wir bei einem Diskobesuch mit angetrunkenen Menschen zu tun haben, die unberechenbar sind, vielleicht pöbeln oder aggressiv reagieren.“

Dass Frauen* ein größeres Risiko tragen, Opfer von sexueller oder häuslicher Gewalt zu werden, darin sind sich Frevel, Anna und Maria einig. „In Deutschland, einem Patriarchat in dem es Rape Culture gibt, sind vor allem Frauen* betroffen von häuslicher Gewalt, sexueller Belästigung und/oder Gewalt“, so Maria. Frevel stellt zusätzlich fest: „Die Risiken, Opfer eines Raubes zu werden, sind in etwa gleich, auch wenn wir da eine etwas höhere Belastung bei Männern sehen. Dass einem das Handy oder Portemonnaie abgenommen wird,

davon sind meistens junge Männer betroffen, seltener Frauen.“

Eine Lösung für Alle, das gebe es laut dem Politikwissenschaftler nicht, dafür sei die Problematik zu individuell verschieden und abhängig vom sozialen Kontext: „Wenn ich mir jetzt vorstelle, ich bin eine junge Frau oder ein junger Mann, der noch intensiv das Nachtleben von Duisburg nutzt, dann ist die Situation und das Sicherheitsempfinden eine andere, als wenn ich als alter grauer Mann durch eine friedliche ‚großstädtische‘ Struktur von Münster laufe. Also, in welchen Kontexten bewege ich mich? Was ist mein Lebensstil? Was ist mein Bewegungselement? Wer sind die Bedrohenden? Sind das reale Orte, wo Kriminalität stattfindet, oder sind es eher unsicherheitsvermittelnde aber letztlich friedliche Gegenden und deshalb unwirksam wirken, weil sie schlecht einsehbar sind, die Beleuchtung schlecht ist?“

Welche Folgen eine Gewalttat im öffentlichen Raum haben kann, das bekommt Anna durch ihre Arbeit immer wieder mit: „Die Frauen, die wir betreut haben – die diese Gewalt erlebt haben, etwa überfallen wurden – sind so ängstlich, dass sie Angst haben, auf die Straße zu gehen.“ Auch Maria war für einige Zeit so sehr beeinträchtigt, dass sich ihr Alltagsleben drastisch veränderte: „Ich musste leider drei sexuelle Übergriffe auf offener Straße erleben. Die ersten beiden Male habe ich mich danach viel unsicherer gefühlt. Nach dem dritten Mal gingen meine Angstzustände sogar so weit, dass ich mehrere Tage mein Haus nicht mehr verlassen habe. Das Unsicherheitsgefühl ging jedes Mal erst nach langen Gesprächen mit Vertrauten oder einer Frauenberatungsstelle wieder zurück. Aber ganz verschwunden ist es seitdem nicht mehr.“

Zähne zeigen!

Auch wenn es keine Technik gibt, die einem Schutz garantiert, so kann man doch etwas für das eigene Sicherheitsempfinden tun. „Wir empfehlen immer einen Selbstverteidigungskurs. Selbstbewusst gehen ist wichtig, das lernt man auch in den Kursen. Vielleicht eine Trillerpfeife zur Hand nehmen und so viel Lärm wie möglich zu machen. Auch zeigen, dass man ein Handy dabei hat. Und tatsächlich einsame Wege, wo kein Haus ist, zu meiden,“ rät Anna.

Maria hat wieder damit begonnen, Kampfsport zu machen. Sie setzt sich jedoch auch für eine Lösung des Problems auf gesellschaftlicher Ebene ein: „Nachhaltig können wir die Zahl der sexuellen Übergriffe auf Frauen* nur senken, indem wir das Problem klar benennen: Männer sehen Frauen* als Objekte der Begierde, die man sich einfach nehmen könnte, nicht als Menschen.“ Erst wenn Männer ihr patriarchales Denken reflektieren würden, könne es laut Maria zu einem Ende von sexualisierten Übergriffen kommen. „Wir müssen aber auch generell für eine Kultur und Gesellschaft ohne jegliche Form der Gewalt streiten: Nur dadurch wird es weniger Verbrechen geben“, fügt sie hinzu. **[lenz]**

*Namen von der Redaktion geändert

Ballern!

This is the next Underground Sound of the Suburbs!



Packt eure Tanzschuhe ein und macht euch auf eine wilde Sause voll ekstatischer, selbst lethargische Tanzmuffel aufs Parkett schwingender Bässe gefasst. Musikalische Hits der vergangenen 60 Jahre werden euch durchs Trommelfell dröhnen und euch eure Gliedmaßen zu den bassigen Beats zappeln lassen.

➤ **Samstag, 18. November, ab 22 Uhr, Djazz, Börsenstraße 11, Duisburg, Eintritt 5 Euro**

Bilden!

Teheran Tabu

Der Film *Teheran Tabu* thematisiert auf provokanter und gesellschaftskritischer Weise die patriarchalen Strukturen im Iran. Die Frauen Pari, Babak, Sara und Donya leben in der iranischen Hauptstadt Teheran. Allesamt werden sie von ihren Männern und der Gesellschaft unterdrückt. Nach der Filmvorstellung haben Besuchende auch die Möglichkeit, mit Regisseur Ali Soozandeh über den Animationsfilm zu sprechen.

➤ **Sonntag, 19. November, 19 Uhr, Endstation Kino, Wallbaumweg 108, Bochum, 8 Euro, 7 Euro ermäßigt**

Basteln!

Siebdruck-Workshop

Die jungen Freunde des Kunstrings Folkwang laden zu einer gemütlichen Sonntagsverweilung ein. Nachdem in die Siebdruck und verschiedene Techniken eingeführt wurde, sind Teilnehmende dazu aufgerufen, ihre Kreativität laufen zu lassen und eigene Stoffe und Papier zu bedrucken. Eine Anmeldung unter jungfreunde@museum-folkwang.de ist erforderlich.

➤ **Sonntag, 19. November, 14 bis 17 Uhr, Museum Folkwang, Museumsplatz 1, Essen, Teilnahmebetrag 10 Euro**

Paradise Papers: Antisemitische Untertöne

Das Internationale Konsortium Investigativer Journalisten (ICIJ) präsentierte am 5. November erste Veröffentlichungen zu den Paradise Papers. Der Süddeutschen Zeitung (SZ) wurden 13,4 Millionen vertrauliche Dokumente zugespielt, die zeigen, wie Wirtschafts- und Politikfunktionär*innen unter anderem mit endlichen Rohstoffgeschäften machen. Doch die Journalist*innen haben sich bei der Aufdeckung nicht nur mit Ruhm bekleckert, wie eine Dokumentation von WDR, NDR und SZ zeigt.

Glencore ist die weltweit größte Unternehmensgruppe, wenn es um den Abbau und Handel von Rohstoffen geht. Die Firmenkette hat ihren operativen Hauptsitz in der Schweiz - und das ist kein Zufall. Ihr Gründer, der spanisch-israelische Marc Rich wurde über 17 Jahre vom FBI gesucht, weil er 1983 wegen der bisher größten Steuerhinterziehung in der Geschichte der Vereinigten Staaten angeklagt wurde. Er floh kurz zuvor in die Schweiz, dealte mit dem Iran und später auch mit dem Apartheidsregime in Südafrika - völlig legal, jedoch nicht legitim.

Und so fängt auch die Dokumentation *Paradise Papers - Geheime Geschäfte: Die Milliarden-Deals der Rohstoffkonzerne* an. Vom „schillernden Firmengründer Marc Rich“ ist die Rede. Schillernd bedeutet undurchschaubar, zwiespältig. Schon im 17. Jahrhundert wurden Jüdinnen* und Juden* so beschrieben, um zu suggerieren, es sei ihr Wesen, so zu sein, um finanzielle Geschäfte besser abwickeln zu können. In der Doku wird phasenweise die Geschichte von Marc Rich - dessen Familie einst vor den Nazis in die USA floh - beschrieben. Was über ihn bekannt ist, welche Geschäfte er abwickelte und wie er 2001 beim Ende der Amtszeit von Bill Clinton von ihm begnadigt wurde, mit Empfehlungsschreiben von „dutzenden Prominenten“, wie die Journalist*innen sagen. Im Film genannt werden von ihnen aber nur zwei Juden: Israels damaliger Ministerpräsident Ehud Barak und Friedensnobelpreisträger Shimon Peres, ganz so als hätten beide einen besonderen Einfluss auf die Entscheidung gehabt. Dass jüdische Menschen durch eine vermeintliche Machtposition Beeinflussung ausüben würden, ist ebenfalls ein häufig verwendetes Ressentiment.

Ein merkwürdiger Experte

Als Experte für den Fall haben die vier Autor*innen mit Josef Lang auch gleich einen ehemaligen Nationalratsabgeordneten aus dem schweizerischen Kanton Zug befragt. Er saß dort für die Grüne Partei der Schweiz. Lang dürfte vor allem befragt worden sein, weil Zug auch der Kanton ist, in dem Marc Rich lebte. Seine Aussagen zu Antisemitismus lassen jedoch aufhorchen: „Es gibt tatsäch-

lich eine wachsende Judenfeindlichkeit unter muslimischen Jugendlichen. Deren stärkste Ursache ist die Unterdrückung der Palästinenser durch Israel“, sagte er in einem Interview mit der *Watson*. Eine beliebte Strategie von Antisemit*innen ist es, Israel zu bezichtigen, selbst am wachsenden Antisemitismus Schuld zu sein und jede Handlungen des israelischen Staates mit Jüdinnen* und Juden* gleichzusetzen. Prominent wird er außerdem auf der Seite der internationalen Israel-Boycott-Kampagne BDS (Boycott, Divestment, Sanctions) aufgeführt, als er sagt: „Wenn Israel nicht die ausgebreitete nukleare und militärische Macht wäre, wären im Friedensprozess weitere Fortschritte erzielt worden.“

Die Hauptrolle in der Doku nimmt jedoch nicht Rich ein, sondern ein israelischer Geschäftsmann: Dan Gertler. Die Paradise Papers zeigen, dass Gertler bei einem Deal von Glencore und dem kongolesischen Bergbau-Staatsunternehmen Gécamines zwischengeschaltet war. Es ging um Minen in der rohstoffreichen Provinz Katanga, wo vor allem Kobalt und Kupfer abgebaut werden. Die verhandelnden Manager sollen den ursprünglichen Preis um 445 Millionen auf 140 Millionen Dollar gedrückt haben, Gertler bei anderen Problemen wegen seiner guten Kontakte zum Präsidenten der Demokratischen Republik Kongo, Joseph Kabila, zur Lösung beigetragen haben. Nur beiläufig wird erwähnt, dass Kabila Korruption vorgeworfen wird, er ein „internationales Firmenimperium“ kontrolliere, das „auf hunderte Millionen Dollar geschätzt“ werde. Von der Menschenrechtssituation im Kongo erfährt man durch die Dokumentation gar nichts - auch nicht davon, was genau Kabila eigentlich kontrolliert.

Strippenzieher im Hintergrund?

Was Gertler tut, erfährt man allerdings schon. Er soll kongolesische Offizielle in Millionenhöhe bestochen haben, in Zusammenarbeit mit einem amerikanischen Hedgefond, der die Korruption auch schon zugegeben hat und eine Strafzahlung von 400 Millionen Dollar akzeptierte. Die US-Justizbehörden sollen laut Doku ermittelt haben, dass ein „israelischer Geschäftsmann“ zwischengeschaltet gewesen sei. Dass es sich um Gertler handelt, liegt nahe. Weder bestreitet noch bestätigt er dies. Zumindest erschließt sich den Zuschauer*innen dann, warum Gertler der einzige in der Doku

ist, dessen Nationalität genannt wird. Was sich allerdings nicht erschließt, ist, warum Gertler mehrfach als „Strippenzieher im Hintergrund“ bezeichnet wird. Auch die Strippenzieher-Rhetorik ist ein gängiges antisemitisches Motiv.

In einigen Fällen verhandelte Gertler selbst, in anderen ließ er seine Mitarbeiter*innen klären. Meistens jedoch sind die Auftraggeber internationale Konzerne wie Glencore, die im Hintergrund agieren und Gertler engagieren, um für sie zu verhandeln. Erstaunlich ist zudem, dass Gertler ebenso wie Rich zuvor



Die Skandale stapeln sich: Nach den Panama Papers enttarnen jetzt die Paradise Papers, wie Politiker*innen und Prominente mit Steuern tricksen. (Foto: dpe)

von dem befragten Experten Andreas Missbach als „schillernder israelischer Geschäftsmann“ bezeichnet wird. Des Weiteren werden die Vereinten Nationen zitiert, „die eines seiner Diamanten-Geschäfte schon vor Jahren als „Alptraum für die Regierung des Kongo“ bezeichnet habe. Alptraum für die Regierung des Kongo? Jene Regierung, die seit Jahren ebenfalls mit Korruption in Verbindung gebracht wird und bei denen die Journalist*innen ebenso wie bei Gertler nachgewiesen haben wollen, dass sie in Korruption verwickelt sind?

Die Stimmen, die sich an alle Beteiligten richten, findet man in der Dokumentation eher selten: „Es ist diese Mischung aus Korruption, fragwürdigen Geschäften und Gaunerei, die dazu führt, dass die Menschen im Kongo um ihre Bodenschätze betrogen werden, das ist der Kern des Problems“, erklärte Anneke Van Woudenberg von der Organisation Human Rights Watch. Schaut man sich die Doku an, gewinnt man eher den Eindruck, dass das größere Übel ein israelischer Geschäftsmann ist, obwohl es gleichermaßen eine bestechliche Politik ist. [dpe]

“Die Lösung im Kampf gegen Wohnungslosigkeit sind Wohnungen“

Allein in Nordrhein-Westfalen leben 25.000 wohnungslose Menschen – das geht aus einem Bericht des Landessozialministers Karl-Josef Laumann (CDU) hervor. Ein Grund dafür sind steigende Mieten und der Rückgang von Sozialwohnungen. Von der neuen NRW-Landesregierung aus CDU und FDP sei indes nicht zu erwarten, dass sie gegensteuert, kritisiert das Straßenmagazin *bodo*.

Während Bundeskanzlerin Angela Merkel nicht müde wird zu betonen, dass es Deutschland gut gehe, stieg die Zahl der Wohnungslosen allein in NRW in den letzten sechs Jahren um fast 60 Prozent. Laut Sozialberichterstattung des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW lebten 2016 248 wohnungslose Menschen in Duisburg und 1.039 in Essen. „Die wesentliche Ursache liegt aus unserer Sicht an einem kontinuierlichen Mangel an günstigem Wohnraum“, erklärt Alexandra Gerhardt vom Straßenmagazin *bodo*, das von Menschen in schwierigen sozialen Lagen verkauft wird. Die Hälfte des Preises in Höhe von 2,50 Euro geht an die Verkäufer*innen. Dass es im Ruhrgebiet kein Problem mit Wohnungsmangel gebe, weist sie entschieden zurück. Mittlerweile sei es auch hier in den einst günstigen Wohnorten schwierig, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Nicht nur in Düsseldorf wird in hochwertige Immobilien investiert – auch zum Beispiel in Duisburg stehen verschiedene Bauprojekte auf der Agenda, deren Mieten mit einem kleinen Geldbeutel nicht bezahlbar sind (aktuell berichtete).

„Das Problem steigender Mieten wird dadurch verschärft, dass Sozialwohnungen kontinuierlich zurückgehen“, so Gerhardt weiter. Eine Kleine Anfrage der SPD-Landtagsabgeordneten Sarah Philipp und Sven Wolf an die NRW-Landesregierung zeigt, dass sich die Zahl von Sozialwohnungen seit dem Jahr 2000 halbiert hat. In ihrer Antwort beziffert die Landesregierung sie auf 467.000 – Tendenz sinkend, womöglich um weitere 41,6 Prozent bis 2020. In der Regel ist eine Wohnung nur 15 bis 25 Jahre als Sozialwohnung ausgezeichnet. „Einige Mietervereine und Stadt-für-alle-Initiativen fordern darum kommunalen Wohnungsbau, der die Mieten für Wohnungen auch begrenzt, aber in kommunaler Hand und darum dauerhaft günstig bleibt“, erklärt Gerhardt.

„Von der Landesregierung ist nichts zu erwarten.“

Die Folgen seien drastisch, so Gerhardt: „Die Situation hat sich mittlerweile so zugespitzt, dass Menschen, die in Krisensituationen ihre Wohnung verlieren oder verlassen müssen, kaum noch Chancen haben, eine neue Wohnung zu finden.“ Dort sieht sie die Landesre-



Es gibt zu wenig Wohnungen für kleines Geld. Die Ursache von Wohnungslosigkeit liegt im Mangel an günstigem Wohnraum. (Foto: fro)

gierung in der Pflicht, denn: „Die Lösung im Kampf gegen Wohnungslosigkeit sind Wohnungen.“ Gerade im Ruhrgebiet sind die notwendigen Ressourcen vorhanden. In vielen Städten gibt es enormen Wohnungsleerstand. Dem Wohnbericht der Stadt Duisburg aus dem Jahr 2015 ist zu entnehmen, dass 11.879 Wohnungen leer stehen – in den Stadtteilen Marxloh und Bruckhausen liegt die Leerstandsquote bei über zehn Prozent. Das sei „moderat“, wie die Stadt es selbst bezeichnet. Um Wohnungslosigkeit entgegenzuwirken, müssten die Häuser und Wohnungen saniert und zu bezahlbaren Preisen vermietet werden. Dazu könne der Staat zum Beispiel die Länder finanziell unterstützen. „Ja, das dauert lange – es wäre allerdings schon ein Fortschritt, wenn man damit anfängt“, so Gerhardt.

Dass die nordrhein-westfälische Landesregierung die Probleme angeht, zeichnet sich allerdings nicht ab. Im Gegenteil: Verschiedene Mieter*innenschutzinstrumente sollen nach Vorstellungen von CDU und FDP abgeschafft werden. Da die Mietpreisbremse nicht ausreichend funktioniert hat, soll sie nun – statt verbessert – gestrichen werden. „Sie hat nicht die Mieten gebremst, sondern private Investitionen in den Wohnungsbau“, schreibt die Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag. Durch den baldigen Wegfall der Mietpreisbremse möchte sie Investor*innen einen Anreiz bieten, günstigen Wohnraum zu bauen. „Man muss kein Experte sein, um zu wissen, dass das nicht funktionieren wird. Wir erwarten in dieser Richtung nichts von der Landesregierung“, positioniert sich Gerhardt klar gegen die schwarz-gelbe Wohnungspolitik. Ein Blick in den Koaliti-

onsvertrag offenbart auch für den sozialen Wohnungsbau ebenfalls nichts Gutes: „Das Wohnraumförderungsprogramm des Landes wollen wir weiterentwickeln und dabei den Anteil der Eigentumsförderung bedarfsorientiert anheben.“ Die Folge wird sein, dass weniger Sozialwohnungen gebaut und der Fokus auf Eigentümer*innenförderung gesetzt wird. Für finanziell schwache Menschen wird sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt eher verschlimmern als verbessern.

Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt

Dass gerade jetzt die Förderung sozialen Wohnungsbaus rückläufig wird, verschärft die Problematik. Es gibt immer mehr finanziell schwache Menschen. Sozialleistungsempfangende, Menschen in Altersarmut und Studierende haben es vor allem in Großstädten schwer, eine bezahlbare Wohnung zu finden. „Sie alle konkurrieren mit Geflüchteten auf dem Wohnungsmarkt um dieselben Wohnungen: klein und günstig“, sagt Gerhardt. Die Konkurrenz wird vor allem von Rechten für ihre politischen Ziele instrumentalisiert. Sie finden einen Sündenbock für die Wohnraummangel in Geflüchteten. „Das Problem gibt es seit mehreren Jahren. Geflüchtete haben das nicht ausgelöst, sondern allenfalls verschärft“, stellt Gerhardt klar. Trotzdem sieht Gerhardt Verwaltungen in der Verantwortung. Schließlich hätten sie es 2015 in Kürze geschafft, Schlafmöglichkeiten zu realisieren und Geflüchtete vor der Obdachlosigkeit zu bewahren. „Wir fänden es toll, wenn diese Energie auch in die Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten für Obdachlose und die Schaffung bezahlbaren Wohnraums fließt“, findet sie. [fro]

Queere Kritik gnadenlos verbannt

Die feministische Buchmesse „Queeres Verlegen“ findet am 18. November zum dritten Mal in Berlin statt. Nicht mit dabei ist der Querverlag, denn der Autorin Patsy L'Amour LaLove bleibt die Teilnahme dieses Jahr versagt. Aufgrund ihres Werkes *Beißreflexe*, das den aktuellen queeren Aktivismus kritisiert, luden die Organisator*innen sie aus. „Inhaltliche Auseinandersetzung durch Anwendung von Machtmitteln zu ersetzen, erinnert ans finstere Mittelalter und darf nicht toleriert werden“, verkündet der Verlag Männerschwarm in einem Facebook-Post.

Eine Glosse von Julia Segantini

Es war einmal vor langer Zeit, dass mutige Held*innen für mehr Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern kämpften. Allen voran ritt Judith Butler, die kühn deklarierte: „Höret mich an! Das Geschlecht ist ein gesellschaftliches Konstrukt! Befreiet euch von geschlechtlichen Zuordnungen und Zwängen!“ Auch heute noch schlagen queere Aktivist*innen viele Schlachten für mehr Toleranz gegenüber marginalisierten Gruppen. Es könnte so schön sein in Queer Kingdom. Doch plötzlich entpuppt sich eine der Ritter*innen als Ketzlerin in den eigenen Reihen. „Zieht die Zugbrücke hoch, schließt die Tore!“, riefen daraufhin die Veranstaltenden der Buchmesse „Queeres Verlegen“. So ward Patsy L'Amour LaLove als unsolidarische Verräterin aus dem Königreich verbannt. Doch welches war ihr Verbrechen?

Kritik an queeren Methoden

In *Beißreflexe* versammeln sich Artikel, Erfahrungsberichte und Polemiken von 27 Autor*innen, die alle aus Queer Kingdom stammen und verschiedene Einblicke hinter die Schlossmauern geben. Kritisiert wird das aus der Sicht der Verfasser*innen autoritär ausgeartete Herrschaftsgebiet, das sich nur noch durch (Sprech-)Verbote, Sanktionen und Feindseligkeit gegenüber kritischer Positionen auszeichne. Zum Beispiel definiere es sich nur noch über Betroffenheitspolitik. Demnach dürften nur Betroffene über ihr Leid berichten und urteilen, Außenstehende gehörten in den Kerker gesperrt.

Ein anderer Artikel berichtet von einer Berliner Bierschänke, die in ihrem Bücherregal *Konferenz der Tiere* von Erich Kästner führte und sich durch zahlreiche Anfeindungen aus dem Kingdom ge-

zwungen sah, kleinlaut das Werk aus dem Regal zu entfernen, nicht ohne sich ausgiebig zu entschuldigen. Der Grund: Im Buch komme das N-Wort vor. Dass Kästner antifaschistische und pazifistische Literatur schrieb, wurde dabei völlig übergangen. Einige Schriften kritisieren außerdem das Konzept der Schutzräume, in denen bestimmte Begriffe, die bei Betroffenen das Wiederaufleben von Traumata beschwören könnten, verboten werden. Nach Meinung der Autor*innen, seien diese Räume aber mittlerweile nicht mehr dazu da, um Opfer zu schützen, sondern nur noch um Übertreter*innen gnadenlos vor dem Dorfgericht an den Pranger zu stellen. Die Lösung sei nicht, Betroffene in Watte zu packen, sondern ihnen zu mehr mehr Selbstbewusstsein zu verhelfen. Dieser Ansatz fehle im Königreich aber völlig.



Beißreflexe ist das erfolgreichste LGBTI-Buch des Jahres. (Foto: seg)

Zwang zum Konsens

Indessen haben sich die Buchdrucker*innen-Gilden Krug & Schadenberg und Männerschwarm solidarisch um L'Amour LaLove versammelt und schließen sich ihrer Verbannung an. Noch immer schweigen die Fanfaren, denn die Veranstalter*innen von Queeres Verlegen haben sich bisher nicht zu dem Vorfall geäußert. Welchen Sinn hat eine queere Buchmesse, wenn Kritiker*innen wegen Ketzerei verbannt werden? Das Königreich spielt sich als Großinquisitor auf und zeigt damit genau das Verhalten, welches in *Beißreflexe* angeprangert wird. Schade, dass eine Bewegung, die sich selbst als besonders progressiv wahrnimmt, doch in der Vergangenheit hängen geblieben ist und immer tiefere Burggräben um ihre Schlossmauern baut.

Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Herausgeber: AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Marcus Lamprecht u.a.

Projektkoordination: Redaktionsschwein Ferdi

Anschrift: aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Comic: Jennifer van de Sandt

Gestaltung: Alexander Bönninger

Redaktion dieser Ausgabe: Philipp Frohn (fro), Sarah Dannehl (caro), Lea Sleiman (lys), Dennis Pesch (dpe), Lorenza Kaib (lenz), Mirjam Ratmann (rat), Julia Segantini (seg)

V.i.S.d.P.: Philipp Frohn (fro)

Auflage/Druck: 3.000 / Megadruck, Westerstedde

E-Mail: redaktion@akduell.de

Web: www.akduell.de

HIRNAKROBATIK

6	8	5			
5			8	9	
	1	9	2	6	4
4	7				
2		1	4		8
				6	2
1		6	3	9	2
	2	8			3
			7	4	1

Wohnheimgeschichten

